Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 23 (2003)
Heft: 45

Artikel: Universitäten im globalen Bildungsmarkt
Autor: Lohmann, Ingrid
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652403

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ingrid Lohmann

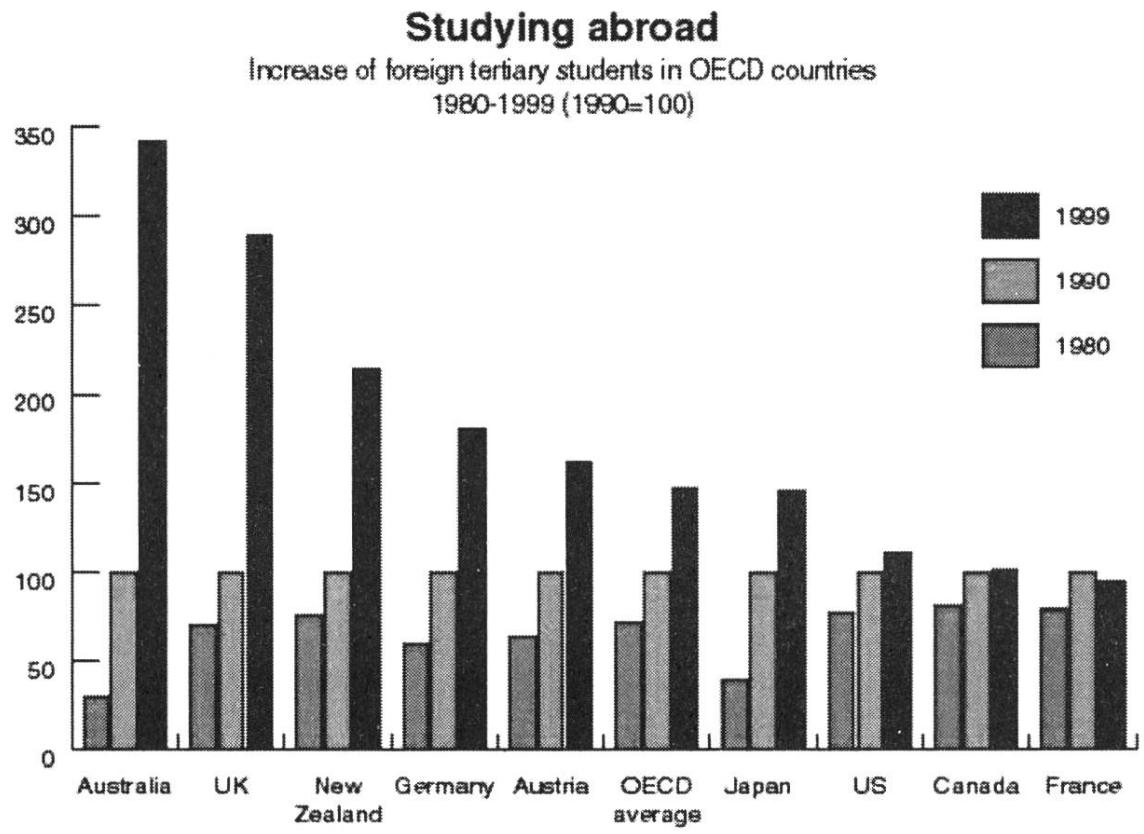
Universitäten im globalen Bildungsmarkt

Auf der Europarats-Tagung im März 2000 in Lissabon wurde erklärt, daß Europa bis zum Jahr 2010 „zur wettbewerbsstärksten und dynamischsten wissensbasierten Ökonomie der Welt" werden soll.[1] Ganz besonders das Internet soll dazu genutzt und entsprechend zügig weiterentwickelt werden. Dementsprechend ist der universitäre Campus heute bedeutender Entwicklungs- und Anwendungsbereich für die verzweigten Programme, mittels derer die EU-Kommission und die nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsländer in Kooperation mit der Wirtschaft die Entstehung und Gestaltung der „europäischen Wissensgesellschaft" steuern. Dabei geht es keineswegs nur um die einheimischen Bildungsmärkte, sondern vor allem zunächst um die explodierenden Bildungsmärkte in ganz anderen Regionen der Welt: insbesondere solchen, in denen die Privatisierung des Bildungssektors soweit fortgeschritten ist, daß kommerziellen Anbietern praktisch keine strukturellen Hindernisse, z.B. in Form nationaler Handelsschranken, im Wege stehen. Die am meisten umkämpften Absatzregionen des globalen Bildungsmarkts sind derzeit asiatische und lateinamerikanische Länder.

Die meisten Studierenden in Ländern wie Brasilien, Indien, Kolumbien, Indonesien, Korea und den Philippinen, nämlich 60-85 Prozent, lernen in Privat-Instituten. In privater Hand liegen z.B. in Indien 75 Prozent aller Colleges, in China 1.274 Institute mit 4 Mio. Studierenden. Allein in China sind in den Jahren 1995-99 im tertiären Bildungssektor 500 Institute neu entstanden, viele davon in Kooperation mit Anbietern aus OECD-Ländern. Wachsende Teile dieses Bildungsmarkts entfallen auf den Einsatz der Informations- und Kommunikations-Technologien. Dabei kommen zwei Tendenzen zusammen: ein rasantes Wachstum des Handels mit Bildungsdienstleistungen innerhalb der OECD sowie ein sprunghafter Anstieg des Exports von Bildungsdienstleistungen aus einigen OECD-Ländern in Drittländer, insbesondere in Schwellenländer.[2] Ein Beispiel: Zu den wettbewerbsstärksten Bildungsexportländern gehört Australien. Gemessen an der Gesamtzahl der ausländischen Studierenden in australischen Institutionen ist der Anteil Studierender, die *offshore* eingeschrieben sind (die also in ihren jeweiligen Heimatländern wohnen bleiben), zwischen 1996 und 2001 von 24 auf 37 Prozent gestiegen; davon befinden sich 9 Prozent in internetgestützten Fernstudiengängen, mit wachsender Tendenz. Mehr als die Hälfte aller auswärtigen Studierenden aus Singapur, Hongkong und China, die australische Bildungseinrichtungen nutzen, sind in offshore-Kursen eingeschrieben.[3]

Die Dominanz der englischen Sprache befördert und verstärkt die Konkurrenzvorteile der bildungsexportstarken Länder Australien, USA, Kanada, Neuseeland und Großbritannien. Diese Länder bemühen sich in den im Rahmen der WTO geführten GATS-Verhandlungen um weitere Liberalisierungen des globalen Bildungsmarkts. Ihnen gegenüber steht eine wach-

sende Zahl politischer Vereinigungen und Körperschaften aus Ländern und Regionen der EU, aber auch aus nicht-EU- sowie außereuropäischen Ländern, die vor kultureller Überformung, Verlust an kultureller und sprachlicher Vielfalt und einer McDonaldisierung der Bildungseinrichtungen warnen, sollte nämlich das gleiche Freihandelsregime gelten wie für Stahl und Rindfleisch – was im übrigen für die EU-Mitgliedsländer schon seit dem ersten GATS-Abkommen, das 1995 in Kraft trat, weitgehend der Fall ist.[4]



Quelle: Larsen/Vincent-Lancrin, OECD-Observer March 06, 2003http://www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/872/The_learning_business.html

Auch in Deutschland dreht sich die Auseinandersetzung in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik gegenwärtig um die Alternative „*Erhalt öffentlicher Bildung – Bildung ist keine Ware*" auf der einen sowie „Konkurrenzfähigkeit auf dem globalen Bildungsmarkt" auf der anderen Seite. Die führenden deutschen wissenschaftspolitischen Akteure sind beeindruckt, daß Erlöse in Höhe von rund 10 Mrd. US-Dollar jährlich aus Studiengebühren und sonstigen Bildungsausgaben europäischer und vor allem asiatischer Studierender an amerikanischen Universitäten bereits im Jahr 2000 die fünftgrößte Quelle aller Einnahmen der USA aus exportierten Dienstleistungen darstellten. Dem will man nacheifern, u.a. mit Internetportalen wie *Gate Germany* und *HiPotentials*, in denen für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland geworben wird.

Ein wesentliches Element im Beziehungsgeflecht von Universitäten, IuK-Technologien und globalem Bildungsmarkt ist die Konzeption – oder

in mancher Hinsicht auch nur Rhetorik – des lebenslangen Lernens. Sie hat einschneidende Konsequenzen in Richtung auf die Privatisierung und Kommerzialisierung des Bildungswesens, vor allem auch für tiefgreifende Umdefinitionen der Lehrerrolle. In ihrem Bericht *Lebenslanges Lernen in der globalen Ökonomie* von 2002 notiert die Weltbank: „Neue Anbieter streben an, das traditionelle Bildungs- und Ausbildungssystem zu ergänzen, und zwingen es in den Wettbewerb: darunter private Weiterbildungsinstitute, virtuelle Universitäten, internationale Anbieter, corporate universities, Lehrmittelverlage, Makler für elektronische Inhalte, Medienkonzerne. Dieses Wachstum des privaten Sektors deutet auf die wachsende Nachfrage nach mehr und besserer Bildung ebenso hin wie auf die Unzufriedenheit mit dem traditionellen Bildungs- und Ausbildungssystem."[5]

Eine andere Auslegung desselben Vorgangs lautet, daß der öffentliche Bildungssektor durch gezielte Unterfinanzierung und begleitenden Wegfall von Handelsschranken weltweit soweit heruntergebracht worden ist, daß die feindliche Übernahme durch kommerzielle Bildungsdienstleister, einschließlich staatlicher Universitäten samt ihrer »privaten Berater«[6], von den Umstehenden früher oder später mit Erleichterung begrüßt wird – wenn vielleicht auch nur kurzzeitig. Die IuK-Technologien – in ihrer technologischen Weiterentwicklung inzwischen von aggressiv gehandhabten ökonomischen Interessen korrumpiert – werden dabei als Hebel für die Transformation der bestehenden Bildungssysteme und insbesondere für den Übergang vom „traditionellen" zum „lebenslangen Lernen" propagiert, vor allem wiederum von der Weltbank: „IuK-Technologien können das learning by doing (zum Beispiel durch Computersimulation) erleichtern. Sie können die den Lernenden verfügbaren Informationsressourcen bedeutend steigern und dadurch das Verhältnis von Lehrenden und Lernenden verändern. Sie können gemeinsames Lernen und schnelle Rückmeldung an die Lernenden erleichtern."[7]

Gleichzeitig wird gemahnt, daß die gewünschten Resultate nicht einfach dadurch zu erzielen seien, daß man Computer in die Lernumgebung einführt. Vielmehr müßten angemessene politische und pädagogische Rahmenbedingungen geschaffen, in manchen Ländern auch Abschied vom rigoristischen Lehrstil genommen werden. In Kooperation mit der *International Finance Corporation* und ihrem Internetauftritt *EdInvest – Facilitating Investment in the Global Education Market* [8] veröffentlicht die Weltbank in regelmäßigen Abständen Länderberichte, in denen es um die Einschätzung des politischen Klimas für private Investoren in den jeweiligen Bildungssektoren geht. Dabei ist die Weltbank insgesamt bemüht, die Privatisierung des postsekundären Bildungssektors zu fördern.

Die Vermarktförmigung von Bildungseinrichtungen und Bildungsprozessen verläuft nicht ohne Kontroversen. Eine ganze Reihe von Regionalministern für Bildung, die in der *Versammlung der Regionen Europas* (VRE[9]) zusammengeschlossen sind, ist der *Brixener Erklärung zur Kulturellen Vielfalt und GATS* [10] beigetreten, die im Oktober 2002 verabschiedet wurde. In dieser Erklärung wenden sich die in der VRE vertretenen Regio-

nalminister für Bildung dagegen, daß die EU-Kommission gegenüber der Welthandelsorganisation weitere Verpflichtungen zur Handelsliberalisierung im Bereich höherer Bildung übernimmt. Eben hierüber wird im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) bei der WTO verhandelt.

Seit 1995 regelt das GATS den weltweiten Handel mit Dienstleistungen, auch im Bildungssektor. In der neuen Verhandlungsrunde geht es um weitere Liberalisierung nach GATS-Regeln. Möglich wäre demnach beispielsweise, den europäischen Bildungsmarkt für US-Produkte zu öffnen, um im Gegenzug in den US-Markt pharmazeutische oder landwirtschaftliche Produkte aus EU-Ländern exportieren zu können. „Denkt man an Handel, dann mögen einem Vereinbarungen über Bananen, Rindfleisch und Stahl in den Sinn kommen. Aber wahrscheinlich nicht Bildung", hieß es kürzlich im *International Herald Tribune.* Und weiter: „Heute jedoch, mit dem Aufkommen des weltweiten Bildungsmarkts als einem der lebhaftesten und am schnellsten wachsenden Geschäftsbereiche, setzt eine Reihe von Ländern das Klassenzimmer auf die Tagesordnung der Welthandelsorganisation."[11] Anträge auf weitere Liberalisierung des Handels mit Bildungsdienstleistungen liegen der WTO von den USA, Australien und Neuseeland vor. Zu den Handelsschranken, die aus Sicht dieser Länder künftig wegfallen sollen, gehören unter anderem:

- Restriktionen für die elektronische Übermittlung von Kursmaterialien;
- ökonomische Bedarfstests vor Ort für Bildungsdienstleistungen;
- Dienstleistungen, die einen örtlichen Partner vorsehen;
- Verweigerung der Genehmigung für private Anbieter, mit örtlichen oder nicht-örtlichen Partnern jederzeit in Geschäftsverbindungen eintreten oder diese aufkündigen zu können;
- nicht transparente Darlegung der staatlichen Finanzleistungen für Hochschulbildung, Erwachsenenbildung und Weiterbildung;
- Schutzbestimmungen für örtliche Arbeitskräfte, die mangelnde Profitabilität verursachen.[12]

Die EU-Kommission hat zwar in der jetzigen GATS-Verhandlungsrunde vorerst keine weiteren Liberalisierungsverpflichtungen übernommen. Aber es finden sich dennoch Wege zur weiteren Vermarktförmigung im höheren Bildungssektor – mit und ohne GATS. Höhere Bildung, Erwachsenenbildung und Weiterbildung sind profitträchtige Segmente des *world education market*, nicht nur für die USA, Kanada oder Australien. Kritiker befürchten, daß die EU-Kommission höhere Bildung als öffentliches Gut so oder so zur Disposition stellt und die weitere Privatisierung und Kommerzialisierung des europäischen Bildungsraums in jedem Fall vorantreibt. In diese Richtung gingen bereits Warnungen der Regionalminister für Bildung in ihrer *Brixener Erklärung*. Das GATS garantiere zwar „mit seiner Definition von 'Dienstleistungen, die in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden'"[13], daß diese vom Wettbewerb ausgenommen sind: Demnach verbliebe die endgültige Entscheidung darüber, „wo Bildung, Kultur und Medien für privaten Wettbewerb zu öffnen sind oder Privatunternehmen, ein-

schließlich Filialen ausländischer Unternehmen, der Zugang zu öffentlichen Fördermitteln gestattet bzw. verweigert wird", bei den jeweiligen staatlichen oder regionalen Behörden. Anderseits aber bestehe Unklarheit in der Definition des Terminus: „in hoheitlicher Gewalt erbracht". Denn die Einschränkung des Welthandels mit Bildung dort, wo Bildung staatliche Hoheitsaufgabe ist, gilt dem GATS zufolge „nur für 'jede Art von Dienstleistung, die weder zu kommerziellen Zwecken noch im Wettbewerb mit einem oder mehreren Dienstleistungserbringern erbracht wird'".[14] Da jedoch praktisch in keinem Staat die Dienstleistungsstrukturen für Bildung, Kultur und Medien ausschließlich in öffentlicher Hand sind, könnte sich die Ausnahmeklausel für die „in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbrachten Dienstleistungen" als nicht ausreichend erweisen. Status und Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen könnten immer wieder durch private Anbieter in Frage gestellt werden.

Problematisch, so die *Brixener Erklärung*, ist ferner der Terminus „zu kommerziellen Zwecken". Er beinhaltet die Vorstellung, daß ein Verbraucher für jede Dienstleistung bezahlt, auch für die des öffentlichen Sektors. Bei Überstellung ins GATS-Regime wird „jede Dienstleistung als zu einem kommerziellen Zweck erbracht angesehen", fällt also unter die entsprechenden Deregulierungsverpflichtungen.[15] Die Folge ist, daß der öffentliche Sektor durch private Anbieter niederkonkurriert werden kann, bis er aufhört zu existieren und das Feld der Profitwirtschaft überlassen bleibt. Gefordert wird daher, daß Bildung, Kultur und Medien von den weiteren GATS-Verhandlungen ausgenommen werden, bis rechtlich eindeutige Interpretationen der umstrittenen Aspekte sowie „ein Internationales Abkommen für den Schutz der Vielfalt in Bildung, Kultur und Medien unter besonderer Berücksichtigung der regionalen Dimension" vorliegen.[16]

Mit ihrer Kritik an der GATS-Verhandlungsstrategie der EU stehen die Regionalminister keineswegs allein. Auch die *European University Association*, Vereinigung der europäischen Universitäten und Hochschulrektorenkonferenzen, warnt seit längerem vor weiteren Handelsliberalisierungen im höheren Bildungssektor, unter anderem in gemeinsamen Stellungnahmen mit US-amerikanischen und kanadischen Hochschulverbänden sowie mit der Union der europäischen Studierenden.[17] In diesen Stellungnahmen wird davor gewarnt, *Bildung als öffentliches Gut* abzuschaffen und sie zur global gehandelten Ware zu machen.

Welche Schlußfolgerungen sind derzeit möglich? Im entstehenden globalen Bildungsmarkt gibt es offensichtlich zwei einander widerstreitende ökonomisch-politische Interessenlagen und Strategien. Die eine zielt auf die Beseitigung aller noch verbliebenen internationalen Handelsschranken, die andere auf Wahrung und Schutz nationalstaatlicher politischer Gestaltungsmöglichkeiten sowie regionaler Vielfalt. Diese letztere, nennen wir sie die „Schutz der Vielfalt"-Strategie, zielt auf den Schutz des europäischen Bildungsraums vor auswärtiger Konkurrenz, zumindest solange die EU-Bildungsindustrie z.B. hinsichtlich der *Content*-Entwicklung, etwa der Aufbereitung von Lehr-/Lernmaterial im Internet, kommerziell noch nicht

mithalten kann. Oder zielt sie darüber hinaus? Nicht endgültig ausgemacht scheint, ob sie letztlich Anknüpfungspunkte für Bündnisse mit Globalisierungskritikern bietet, die dem Ausverkauf des öffentlichen Sektors entgegentreten, wie zum Beispiel ATTAC oder auch Interessenvertretungen der Entwicklungsländer. Oder ob letztlich doch beide Strategievarianten die Kommerzialisierung und Privatisierung des Bildungs- und Wissenschaftssektors verfolgen.

Per Nyborg, der Vorsitzende der Kommission für Höhere Bildung und Forschung des Europarats, weist jedenfalls auf Reibungsflächen hin, die dadurch entstehen, daß der globale Handel mit Bildungsdienstleistungen unter dem WTO-GATS-Regime parallel zum Bologna-Prozeß[18] vorangetrieben wird: Ob nämlich „der Bologna-Prozeß, der auf Kooperation basiert, und GATS, das auf Wettbewerb basiert, im höheren Bildungssektor nebeneinander bestehen können",[19] sei eine offene Frage. Für mehr und mehr Betroffene und Beteiligte jedoch ist sie nicht mehr offen, seit sie begonnen haben, sich genauer mit dem Vorgang auseinanderzusetzen.

Bis vor kurzem noch eher arkane Angelegenheiten wie Copyright und geistiges Eigentum gehören heute auf dem Campus zu den Themen, die am meisten Sprengstoff enthalten: Künftig wird die Schlacht um höhere Bildung zwischen pädagogischen und wissenschaftlichen Standards einerseits, dem schnellen Profit andererseits ausgetragen.[20] In vieler Hinsicht ist dies gleichbedeutend mit dem Kampf um den Erhalt öffentlicher Bildung, öffentlicher Wissenschaft und kostenloser Zugänge – der noch kaum begonnen hat – auf der einen und der lückenlosen Durchsetzung von Privatisierung, Kommerzialisierung und totaler Kontrolle über Inhalte und technologische Infrastruktur – die in vollem Gange ist – auf der anderen Seite. Auf dieser Seite wird an einer Vision gearbeitet, deren weltumspannende Realisierung, auf dem Wege der US-dominierten Weiterentwicklung der IuK-Technologie, alles andere als weit entfernt ist: „In Zukunft wird es nur noch ´den Nutzer´ geben, der individuell, personalisiert, ortsunabhängig und je nach Möglichkeit und Bedarf Kommunikationstechnologie in Anspruch nimmt."[21] Der dann aber auch – nicht zu vergessen – genauso „individuell, personalisiert, ortsunabhängig und je nach Möglichkeit und Bedarf" zur Kasse gebeten wird.[22]

Anmerkungen

1 Zit.n. European Commission: Research Networking in Europe – Striving for Global Leadership, September 2002, S. 29, http://www.dante.net/pubs/ECbrochure.html

2 Zahlenangaben nach Kurt Larsen/ Stéphan Vincent-Lancrin: The learning business – Can trade in international education work? In: OECD-Observer, March 06, 2003 www.oecdobserver.org/news/printpage.php/aid/872/The_learning_business.html; Harry A. Patrinos (World Bank): Global Market for Education. IIR's 3rd Annual Education Industry Investment Forum, Phoenix, AZ, March 11-14, 2001, www.ifc.org/edinvest

3 Nach Larsen/ Vincent a.a.O. 2003.

4 Vgl. Karlheinz Heinemann: Kuhhandel der Europäer ist nicht auszuschließen. Die USA dringen auf Liberalisierung von „Bildungsdienstleistungen". Zum Stand der GATS-Verhandlungen. In: Frankfurter Rundschau vom 30.4.2003; ders.: Allerweltsprodukt Bildung? GATS - Freihandel und die Folgen für das Bildungswesen. In: Erziehung & Wissenschaft (2002) 4, http://www.gew.de/wissen/zeitschriften/e-w/2002/2002-4/texte/d_s-06.htm

5 World Bank: Lifelong Learning in the Global Knowledge Economy: Challenges for Developing Countries. Oct. 2002, http://www1.worldbank.org/education/life_index.htm

6 Zur Rolle der sogenannten privaten Berater vgl. Martin Bennhold: Die Bertelsmann Stiftung, das CHE und die Hochschulreform. Politik der ´Reformen als Politik der Unterwerfung. In: Ingrid Lohmann, Rainer Rilling (Hg.): Die verkaufte Bildung. Kritik und Kontroversen zur Kommerzialisierung von Schule, Weiterbildung, Erziehung und Wissenschaft. Opladen 2002, S. 279-299.

7 World Bank: Lifelong Learning... , S. xi-xii.

8 Im Internet unter http://www.ifc.org/edinvest/index.htm

9 Vgl. http://www.are-regions-europe.org/DE/ ; folgende Schweizer Kantone gehören dem Verbund an: Aargau, Basel-Stadt, Fribourg, Genève, Graubünden, Jura, Luzern, Neuchâtel, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Thurgau, Ticino, Uri, Valais, Vaud, Zürich, Zug.

10 Brixener Erklärung, http://www.are-regions-europe.org/PDF/CD-Main_Texts/Brixen-Declaration-def-D.pdf

11 Thomas Fuller: Education exporters take case to WTO. In: International Herald Tribune, Special Report p.15, Tuesday, February 18, 2003.

12 US (2000): Communication from the United States: Higher (Tertiary) Education, Adult Education, and Training, 18 December 2000. (00-5552) Council for Trade in Services, WTO S/CSS/W23, http://www.wto.org/english/tratop_e/serv_e/s_propnewnegs_e.htm (Education Services)

13 Brixener Erklärung a.a.O.

14 Ebd.

15 Ebd.

16 Ebd.

17 European University Association, http://www.unige.ch/eua/En/Activities/WTO/; http://www.esib.org/news/EUAESIBjointdeclarat.pdf

18 Vgl. Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi): Hochschulreform und „Bologna-Prozess", 2003, Marburg/Bonn; www.bdwi.de; Stellungnahmen in der Schweiz: www.vss_unes.ch

18 Per Nyborg: European co-operation in the light of GATS - Quality assurance and recognition: The importance of the Lisbon Convention. Vortrag, UNESCO Global Forum 17-18 October 2002, http://www.see-educoop.net/portal/id_bologna.htm

19 So warnte schon vor fünf Jahren David Noble: Digital Diploma Mills, Part II. The Coming Battle over Online Instruction. 1998 http://www.uwo.ca/uwofa/articles/di_dip_2.html

20 Gudrun Quandel: Wissenschaftsnetze - Herausforderung Infrastruktur, http://www.uni-muenster.de/PeaCon/medkomp/cd/thema3/frameset_quandel.htm 2001

21 Vgl. dazu Richard Sietmann: Wissensgesellschaft für alle? Zur künstlichen Verknappung von »Wissen«. In: Forum Wissenschaft 20 (2003) 2, S. 6-10; Ders.: Wissen ist Geld. Urheberschutz, geistiges Eigentum und die Rechteverwerter. In: c´t 2002 Heft 24, S. 108-117.

22 Der vorliegende Artikel ist ein Ausriß des Manuskripts „Universität, Neue Medien und der globale Bildungsmarkt. Wie Bildungsprozesse in Eigentumsoperationen mit Wissen transformiert werden" für das Jahrbuch für Pädagogik 2004.